



Vier Folgen des EU-Austritts

1. Schluss mit dem freien Personenverkehr

Als EU-Bürger können sich die ÖsterreicherInnen frei innerhalb der Europäischen Union bewegen, sich niederlassen und eine Arbeit annehmen. Mit dem geplanten Austritt wird es nicht mehr möglich sein. An den Grenzen kommt es wegen der Kontrollen wieder zu langen Wartezeiten.

2. Schluss mit dem freien Dienstleistungsverkehr

Durch den freien Dienstleistungsverkehr kann jede Privatperson zwischen dem besten Handyanbieter, Stromversorger oder der günstigsten Versicherungsgesellschaft wählen.

3. Schluss mit dem freien Warenverkehr

Eines der Vorteil bringenden Freiheiten der EU ist der freie Warenverkehr. Diese besagt, dass für Waren, die sich innerhalb der EU bewegen, keine Grenzkontrollen, Zölle oder Kontingentierungen mehr zu entrichten sind. Dadurch wurde der Handel zwischen den Mitgliedsstaaten vereinfacht und deutlich angekurbelt.

4. Schluss mit dem freien Kapitalverkehr

Jeder EU-Bürger hat die Wahl, in welchem Land und bei welchem Kreditinstitut er sein Geld anlegen möchte.

www.refreshpolitics.at

Wiedereinführung der dreijährigen Wehrpflicht geplant

Bundesheer muss größer werden, damit die neuen Grenzen mit Deutschland, Italien, Tschechen, Slowakei, Ungarn und Slowenien gesichert sind.



Rekrut beim Übung des preussischen Stiechschritts
 Photo: Galfand Gronemald
 10. Januar 1938
 Dtl. Berlin
 8410759

cc us army

Nach offiziellen Angaben wird nun die Wiedereinführung der dreijährigen Wehrpflicht vom Ministerium für Staatssicherheit geplant. Die Dauer des Wehrdienstes wird zunächst auf zwei Jahre festgesetzt und im August 2011 auf drei Jahre verlängert. Die ersten Wehrpflichtigen stellt der Jahrgang 1993. Das neue Wehrsystem sieht vor, dass jeder männliche österreichische Staatsbürger im Alter von 16 bis 65 (Offiziere, Unteroffiziere und Chargen) und Spezialisten (Ärzte, Ingenieure, Chemiker, Waffenexperten, etc.) bis 70 Jahre wehrpflichtig sind. Frauen können immer noch freiwillig Dienst im Bundesheer leisten. Männliche Staatsbürger, die aus Gewissensgründen die Erfüllung

der Wehrpflicht verweigern, werden als Vaterlandsverräter angeklagt. Der Grund für die Wiedereinführung des dreijährigen Wehrdienstes sei der geplante Austritt aus der EU und NATO, teilte ein Sprecher des Ministeriums für Staatssicherheit den ÖN mit. "Jetzt haben wir wieder viele Grenzen, die dicht gemacht werden sollen, und dafür brauchen wir ein größeres Bundesheer. Außerdem können wir nicht mehr damit rechnen, dass wir im Falle eines feindlichen militärischen Angriffes die militärische Unterstützung der EU bekommen würden. Hauptsache ist aber, dass unsere historische Neutralität bewahrt bleibt, sagte gestern der Gefreite J. Schneider*.

*Name von der Redaktion geändert.